

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 15.00 einschließlich Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg., auswärtig 60 Pfg., Reklamezeilen 1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gaeß in Wildbad.

Nummer 108

Februar 179.

Wildbad, Donnerstag, den 12. Mai 1921

Februar 179.

55. Jahrgang

Tagespiegel.

Der Reichstag hat in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch das Ultimatum mit 221 gegen 175 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Der neue Reichskanzler Dr. Wirth hat die von den Verbündeten verlangte Erklärung noch nachts den Botschaftern in London, Paris, Brüssel, Rom und Tokio telegraphisch übermittelt.

Die Wiederherstellungskommission hat bereits die Vorbereitungen für die erste Rate der deutschen Schuldverschreibungen getroffen.

Die Lage in Oberschlesien hat sich verschlechtert. Die Aufständischen haben Verstärkungen erhalten und bereiten einen Angriff auf das ganze westliche Oberufer vor.

General Wrangel wirft der französischen Regierung ein unehrliches Spiel mit der Wrangelarmee vor.

Die Würfel sind gefallen.

Am Dienstag vormittag herrschte in den politischen und parlamentarischen Kreisen ein Beifall noch völlige Unsicherheit und Ratlosigkeit. Reichspräsident Ebert (Soz.) lehnte in der Besprechung mit dem Reichspräsidenten Ebert die Kabinettsbildung ab. Abg. Stresemann (D.Volksp.) schlug vor, erst die Abstimmung über das Ultimatum im Reichstag vorzunehmen und auf Grund dieser Abstimmung die Regierung zu bilden. Dieser Weg schien aber der Regierung nicht gangbar. Zentrum und Sozialdemokratie drängten vor allem auf die Lösung der Kabinettsfrage. Nachmittags ersuchte nun Ebert den Reichsfinanzminister Dr. Wirth, die Kabinettsbildung zu übernehmen, und Wirth nahm den Auftrag an. Die Deutsche Volkspartei erklärte, daß sie in ein Kabinett Wirth, dem verschiedene Sozialdemokraten angehören sollten, kein Parteimitglied entsenden und die schärfste Opposition gegen das Kabinett einnehmen werde. Die Demokratie war zur Beteiligung bereit, wollte aber zuerst nur so viel zugestehen, daß die bisherigen Minister Gieseler und Gröner als Fachminister beitreten. In den weiteren Verhandlungen ließ man aber die Bedenken fallen; die Demokratie wird im neuen Reichsministerium durch drei Mitglieder, Gieseler, Gröner und Schiffer, vertreten sein, worunter Schiffer als eigentlicher Parteiminister gilt.

Die Verhandlungen zogen sich über Erwarten in die Länge. Um 7 Uhr abends sollte das neue Kabinett sich dem Reichstag vorstellen, aber die Sitzung mußte um eine Stunde verschoben werden. Es war 8 Uhr und das Kabinett war noch nicht fertig. Um 9 Uhr endlich konnte Reichspräsident Ebert die Sitzung eröffnen. Reichskanzler Dr. Wirth verlas die Regierungserklärung, in der ausgeführt wird, welche Umstände die Regierung bewegen, das Ultimatum anzunehmen. Auch vom feindlichen Ausland her war mehr oder weniger deutlich der Rat gegeben worden, das Ultimatum zu schließen. So konnte der deutsche Geschäftsträger in Paris, Dr. Mayer, in der Zusammenkunft der Parteiführer diesbezügliche vertrauliche Mitteilungen machen, worin er von dem deutschen Vertreter der Kriegslastenkommission Staatssekretär Bergmann unterstützt wurde. Von englischer und italienischer Seite wurde ein ähnlicher Rat erteilt und auch der amerikanische „Beobachter“ soll auf das „kleinere Übel“ hingewiesen haben. Jedenfalls bestand kein Zweifel mehr, daß die Annahme eine feste Mehrheit haben werde. Als der Reichstag nach den Erklärungen der verschiedenen Parteiführer gegen 1 Uhr nachts zur namentlichen Abstimmung schritt, wurde der Antrag der Abgeordneten Herrn Müller (Soz.) und Trimborn (Fr.), die Erklärung der Regierung zu billigen, mit 221 gegen 175 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Für die Annahme des Ultimatus stimmten geschlossen das Zentrum, die Sozialdemokraten, die Unabhängigen, ferner der größere Teil der Demokraten; dagegen geschlossen die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Bayer. Volkspartei, die Kommunisten und eine Minderheit der Demokraten. Das Ergebnis wurde von der Mehrheit mit starkem Beifall, von der Rechten mit Psittirufen ausgenommen.

Die neue Regierungskoalition setzt sich nun zusammen aus Sozialdemokratie, Zentrum und Demokratie, dieselbe Zusammensetzung, wie sie seinerzeit die Regierungsmehrheit in Weimar aufwies. Da indessen

die letzten Wahlen eine wesentliche Verschiebung der Parteistärke gebracht haben und die Bayerische Volkspartei inzwischen vom Zentrum abspaltete, ist das neue Kabinett ebenso wie das nunmehr zurückgetretene Kabinett Fehrenbach eine Minderheitsregierung, die gegebenenfalls nach der rechten Seite auf die Unterstützung der Bayerischen Volkspartei und nach links auf die der Unabhängigen angewiesen ist. Die Deutsche Volkspartei hat dem Kabinett, wie bemerkt, schärfste Opposition angefaßt. Die Deutschnationalen verbleiben wie früher in der Opposition. Dem Reichskabinett gehören an: vier Sozialdemokraten (Bauer, Gradnauer-Sachsen, Schmidt, Brauns), drei Zentrumsmitglieder (Wirth, Gieseler, Hermes) und drei Demokraten (Gieseler, Gröner, Schiffer). Noch unbesezt sind das Finanz- und das Wiederaufbauminiesterium, wovon das erstere nach Blättermeldungen mit einem Beamten besetzt werden soll; das Ministerium des Äußeren wird vom Reichskanzler vorläufig vertreten, für die endgültige Besetzung werden als Kandidaten genannt Staatssekretär Bergmann, Bergen (Gesandter beim Balkan) und der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Cuno. Für das Wiederaufbauminiesterium soll ein Sozialdemokrat in Aussicht genommen sein.

Das „Berl. Tageblatt“ meldet, die Sozialdemokraten haben in den Verhandlungen mit Dr. Wirth für ihren Eintritt in das Kabinett zur Bedingung gemacht, daß nun auch die preussische Regierung wieder umgebildet werde und zwar so, daß Stegerwald das Präsidium an den früheren Ministerpräsidenten Severting (Soz.) zurückgibt und daß Braun (Landwirtschaft) und Hainisch (Kultur) auf ihre Posten zurückkehren. Letztere Ministerien sind im neuen preussischen Kabinett von Beamten bzw. Fachleuten besetzt.

Reichstag.

Die Regierungserklärung. — Das Ultimatum angenommen.

Berlin, 10. Mai.

Um 9 Uhr wird die ursprünglich auf 7 Uhr angedachte Sitzung eröffnet. Die Tribünen sind bis auf den letzten Platz gefüllt, und in der Diplomatengasse sitzen zahlreiche Vertreter der ersten und zweiten Staaten. Der neue Reichskanzler Dr. Wirth tritt mit den Mitgliedern seines Kabinetts am Regierungstisch Platz.

Präsident Ebert: Der Reichstag hat sich versammelt, um eine Entscheidung über das Ultimatum zu treffen. Ich gebe Ihnen den Wunsch zu drücken, daß unsere Verhandlungen von dem Ernst getragen sein mögen, den die geschichtliche Stunde uns allen gebietet.

Reichskanzler Dr. Wirth:

Der Herr Reichspräsident hat mich ersucht, die Kabinettsbildung zu übernehmen und ich habe geglaubt, in einer so entscheidungsschweren Stunde mich diesem Rufe nicht verweigern zu dürfen. Die Aufgabe des Reichstags in dieser schweren Stunde ist, die Entscheidung über das Ultimatum der verbündeten Regierungen herbeizuführen. Im Hinblick auf den Ablauf der Zeit muß ich Sie bitten, dieser Ihrer Meinung durch unverzügliche Entscheidung Ausdruck zu geben. Es bleibt uns keine andere Möglichkeit als Annahme oder Ablehnung. So hat es der Sieger beschlossen. Das Ja bedeutet, daß wir uns bereit erklären, die schweren finanziellen Lasten, die man Jahr für Jahr von uns fordert, in freier Arbeit zu tragen. Die Ablehnung aber würde bedeuten die Zwangsversteigerung über unsere ganze Volkswirtschaft, würde bedeuten Schlangenschar unter Aufsicht feindlicher Bajonette, würde bedeuten die Auslieferung der Grundlagen unserer ganzen industriellen Tätigkeit. Zerreißen unseres so hoch geschätzten Wirtschaftskörpers und Verelendung unseres ganzen Erwerbslebens wären die Folgen. Aber noch unheimlicher könnten sich die Wirkungen auswirken für unsere politische Existenz, für unser Reich. Es steht mehr als Geld und Gut auf dem Spiel: es handelt sich um die ganze Zukunft unseres Vaterlands, darum, das Reich und seine Einheit zu retten, und deutsches Land vor der Gefahr feindlicher Invasionen zu bewahren und die deutsche Freiheit zu erhalten. (Lachen bei den Kommunisten.) Dafür ist das deutsche Volk zu den höchsten materiellen Opfern bereit.

Die deutsche Regierung nimmt aus diesem Grunde das Ultimatum an.

Wir wollen, daß mit dieser Annahme gewaltige Folgen verknüpft sein werden. Die Verantwortung für die weltwirtschaftlichen Folgen des Ultimatus liegt bei der Gegenseite. Nur durch Leistungen können wir unsere Gegner von der Aufrichtigkeit unseres Willens überzeugen und dadurch die Atmosphäre schaffen, in der eine erträgliche Handhabung der Londoner Beschlüsse im Rahmen unserer Leistungsfähigkeit gesichert wird. Durch die Annahme des Ultimatus beseitigen wir die nahe drohende Besetzung des Ruhrgebiets. Die vielfach geäußerte Befürchtung, daß es auf jeden Fall, mögen wir unterzeichnen oder nicht, zum Einmarsch kommen werde, findet in dem Ultimatum keine Stütze. Nach seinem Sinn und Wortlaut bildet die Abhandlung von Sanktionen, insbesondere

die Nichtbesetzung des Ruhrgebiets die Grundlage der Annahme des Ultimatus.

Daß wie bei dieser schicksalsschweren Entscheidung unsere Blicke auch auf Oberschlesien richten, bedarf keiner Begründung. In dieser Hinsicht vertrauen wir fest auf das Ergebnis der Volksabstimmung. Worauf es jetzt ankommt, ist, daß die verbündeten Regierungen den von polnischer Seite gemachten Versuch, eine allem Recht Hohn sprechende vollendete Tatsache zu schaffen, nicht dulden werden, daß auf keinen Fall ein polnischer Diktator die wenigen Rechte, die uns der Friedensvertrag gibt, mit Füßen tritt. Dieser Friedensvertrag, durch den uns so riesige Lasten auferlegt werden, begründet für die verbündeten Regierungen heilige Pflichten. Die neugebildete Regierung empfiehlt Ihnen nach gewissenhafter Prüfung die Annahme des Ultimatus.

Abg. Wels (S.) gibt die Erklärung ab: Die politische Verantwortung für Annahme und Ausführung des Ultimatus liegt den Parteien zu, die am meisten zur Verlängerung des Kriegs und zur Vermehrung seiner Lasten beigetragen hatten. Da aber jene Parteien in schwerster Stunde versagen und auf einer Position verharren, die unmittelbar zur Auslieferung deutscher Landestelle in feindliche Hand führt, hält es die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für ihre Pflicht, die Aufgaben mit zu übernehmen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat daher ihre Teilnahme an der neuen Regierung beschlossen, die durch Annahme des Ultimatus den ehelichen Versuch machen will, das uns Auferlegte nach bestem Können zu erfüllen.

Abg. Teilmann (Z.) gibt namens der Zentrumsfraktion die Erklärung ab: Bei der Abwägung der Gründe für und gegen die Ablehnung haben wir es für wahrscheinlich erachtet, daß das deutsche Reich und das deutsche Volk bei Annahme der Forderungen der Verbündeten in keinem Fortbestand weniger gefährdet sei als bei den mit ihrer Ablehnung eintretenden Wirkungen. Im Fall der Ablehnung sind wir mit der Besetzung des Ruhrgebiets bedroht. In der Überzeugung, daß es für die Erhaltung und für die Wiederaufrichtung Deutschlands keinen anderen Weg gibt als die Unterzeichnung der Reichsregierung, haben wir uns entschlossen, unsere Zustimmung zu ihr durch unser Ja zum Ausdruck zu bringen, womit wir zugleich die Erfüllung unserer Entlohnungszusage ausprechen.

Abg. Dr. Stresemann (D.Vp.): Die Fraktion ist einmütig der Auffassung, daß die uns in dem Ultimatum zugemuteten Leistungen nicht ertragen werden können, ohne zum Zusammenbruch zu führen. Das Ultimatum erfolgt zu einer Zeit, wo unsere Grenzen noch nicht einmal feststehen, und nötig uns, in der Zeit schwerster Gefahr unsere Wehr im Osten aufzugeben. Zudem haben unsere Forderungen auf Garantien wegen Aufhebung der „Sanktionen“ bisher keine befriedigende Antwort gefunden. Aus diesem Grunde haben wir unsere Zustimmung zur Unterzeichnung nicht geben können.

Abg. Dr. Heerg (D.natl.Vp.): Die deutsche Regierung beruht auf schwachen Füßen. Die Erklärung der Sozialdemokratie schiebt die Verantwortung dem Bürgerum zu. Sodalokratie sie, daß diese Voraussetzungen nicht zutreffen. Es gibt niemand im Volk, der diese Zumutungen für durchführbar hält. Die Sozialdemokratie kann die Verantwortung nicht ablehnen dafür, daß die deutsche Arbeiterschaft in widerstandslos Abhängigkeit vom Ausland gebracht wird. In Afrika hat man die Sklaverei abgeschafft, durch dieses Ultimatum wird sie bei uns eingeführt. Die oberflächliche Frage wird durch die Annahme in ein neues Stadium gebracht. Gewisse englische Zusicherungen sollen dafür sprechen. Das bezieht sich aber nur auf gewisse Bezirke Oberschlesiens, nicht auf das ganze ungeteilte Oberschlesien. Die Regierung gibt sich hier also bloßen Träumen hin. Wir lehnen die Annahme des Ultimatus ab, weil es unerfüllbar ist und seine Annahme das deutsche Volk in kurzer Zeit wieder vor dieselbe Lage wie heute stellen würde, weil das Verlangen der Aburteilung der sogenannten Kriegsverbrecher ohne Beweise mit der Würde Deutschlands nicht verträglich ist, weil die Entlohnungszusicherungen mit der Sicherheit des Reichs nach außen und innen unvereinbar sind, weil die Garantieforderungen das deutsche Volk aus der Reihe der selbständigen Nationen streifen und weil auch unsere Kinder und Kindeskinde zu Sklaven anderer Völker würden. Wir können eine erträgliche Gestaltung der Friedensbedingungen erreichen, wenn unsere Feinde einmal unseren festen Willen zur nationalen Selbstbehauptung sehen. Sie wollen keinen Frieden, sondern die Vernichtung Deutschlands.

Abg. Ledebour (USP.): Die Unabhängige Sozialdemokratie ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die Regierung das Ultimatum unter dem Zwang annehmen muß. Wir verurteilen den Versailler Vertrag als einen Gewaltfrieden, ebenso die wirtschaftlichen Folgen des Ultimatus als schwere Schädigung für die Arbeiterschaft. Die Besetzung des Ruhrgebiets würde eine Arbeitslosigkeit von bisher nicht bekannter Ausdehnung herbeiführen und das deutsche Wirtschaftsleben völlig zerrütten. Die katastrophalen Erscheinungen würden noch verstärkt durch die Ablehnung der Forderungen der Entlohnung und der Verurteilung der Kriegsverbrecher. Das Bemühen, mit der Durchführung der Zahlungen Zeit zu gewinnen, schafft Deutschland wenigstens eine Atempause. Die unvermeidlichen Folgen der verbündeten Regierungen werden sich bald in den Verhandlungen zeigen, zunächst bei der Arbeiterschaft. Die Annahme des Ultimatus ist das kleinere Übel. Den Reichskanzler nehme er beim Wort, wenn er von der Freiheit des deutschen Volkes spreche. Als erste Tat müsse er eine allgemeine Amnestie für alle politisch Verurteilten ohne Parteigränzen erlassen. Die Sondergerichte müßten beseitigt werden.

Abg. Dr. Haas (D.Vp.): Wir schämen uns nicht, zu sagen, daß bei uns die Anschauungen getrennt sind. Wer kann in die Zukunft schauen? Wäre es nach unserer Meinung gegangen, hätten wir alle abgelehnt. Vielleicht ist viel gewonnen, wenn wir etwas Zeit gewinnen, vielleicht bahnt sich auch drüben eine bessere Erkenntnis an. Selbst wenn die Unterzeichnung gut-



gefallen wird, sind wir der Ansicht, daß damit der Verfall der Vertrag nicht hinlänglich wird, daß vielmehr die Paragrafen, die eine Nachprüfung unserer Leistungsfähigkeit vorsehen, bestehen bleiben und daß jeder Verstoß gegen den Vertrag auch uns von seiner Erfüllung entbindet. Der Redner ruft die Bayern an, alle Forderungen des Ultimatums zu erfüllen. Wir dürfen die Regierung nicht nachher sabotieren. Wir werden die Regierung unterstützen und hoffen, daß sie noch eine Verbreiterung erfahren wird.

Abg. Könen (Komm.): Die Unterzeichnung bedeutet Hunger für das deutsche Volk und Lebensmittelnot. Der Achtstundentag soll fallen. Die Arbeiter sollen noch mehr ausgespart werden, um die Produktion zu heben. Ebenso sollen die Kleindetriebe zugunsten der Großbetriebe befreit werden. Das sind die Folgen des Ultimatums. Man sieht, das Unglück kommt; es ist nicht abzuwenden. Mit Rußland im Bunde würde es keine oberste Frage geben, so aber hat der Unternehmer-Übermut den Ausfall herbeigeführt.

Namens der Bayerischen Volkspartei erklärt **Abg. Dr. Heim:** Wir stimmen gegen das Ultimatum, weil wir dadurch nicht zu einem dauernden Frieden kommen. Die Regierung hat die Erfüllung der übernommenen Pflichten zu leisten, soweit sie möglich sind. Soweit das nicht der Fall sei, kann diese Erfüllung nicht verlangt werden. Die Entwaffnung in Bayern trifft keine militärischen Einrichtungen, sondern eine von den Sozialdemokraten geschaffene Selbstschutzorganisation, die nicht unter die Bestimmungen von Versailles fällt. Wenn der Verband der Aufstellung der erforderlichen Sicherheitspolizei keine Schwierigkeiten macht, kann an einen Abbau der Einwohnerwehren gedacht werden.

Der Antrag Müller-Franken-Trimborn, in dem sich der Reichstag damit einverstanden erklärt, daß die Reichsregierung die im Ultimatum geforderten Erklärungen abgibt, wird sodann in namentlicher Abstimmung mit 221 gegen 175 Stimmen angenommen bei einer Stimmenthaltung.

Nächste Sitzung: Mittwoch nachmittag 2 Uhr.

Neues vom Tage.

Das Kabinett Wirth.

Berlin, 11. Mai. Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers Dr. Wirth folgende Reichsminister ernannt: Reichschatzminister und Vizekanzler: Bauer; Inneres: Dr. Gradnauer; Wirtschaft: Robert Schmidt; Justiz: Schiffer; Meer: Dr. Geßler; Post: Giesberts; Verkehr: Gröner; Arbeit: Dr. Brauns; Ernährung: Dr. Hermes; Außenministerium sind noch unbezetzt.

Eberts Dank an Fehrenbach.

Berlin, 11. Mai. Der Reichspräsident hat dem zurückgetretenen Reichskanzler Fehrenbach in einem Schreiben für die treue Pflichterfüllung während seiner Amtsführung den wärmsten Dank ausgesprochen.

Die Mitteilung an den Verband.

Berlin, 11. Mai. Nach dem „Berl. Volksanz.“ hat die Reichsregierung heute früh die Regierungen in London, Paris und Rom telegraphisch in Kenntnis setzen lassen, daß sie auf Grund der Abstimmung im Reichstag das Ultimatum angenommen habe. Den fremden Geschäftsträgern in Berlin wurde die amtliche Mitteilung heute vormittag übergeben.

Zollerhebung in Ludwigshafen.

Ludwigshafen, 11. Mai. Gestern vormittag um 10 Uhr trat die Zollerhebung an den Rheinübergängen in Kraft. In Ludwigshafen werden die Zölle an den Brückengeländehäusern entrichtet. Die Fahrgäste der elektrischen Straßenbahn, die Zollgut mit sich führen, müssen an den angegebenen Stellen aussteigen.

Die deutsche Antwort.

London, 11. Mai. Der deutsche Geschäftsträger Schamer hat heute vormittag 11.15 Uhr die deutsche Antwort auf das Ultimatum der englischen Regierung überreicht.

Die Note hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund des Beschlusses des Reichstags bin ich beauftragt, mit Beziehung auf die Entschliebung der verbündeten Mächte vom 5. Mai 1921 namens der neuen deutschen Regierung folgendes wie verlangt zu erklären: Die deutsche Regierung ist entschlossen: 1. ohne Vorbehalt oder Bedingung ihre Verpflichtungen, wie sie von der Wiederherstellungskommission festgestellt

sind, zu erfüllen; 2. ohne Vorbehalt und Bedingung die von der Wiederherstellungskommission hinsichtlich dieser Verpflichtungen vorgeschriebenen Garantienmaßnahmen anzunehmen und zu verwirklichen; 3. ohne Vorbehalt oder Verzug die Maßnahmen zur Abrüstung zu Lande, zu Wasser und in der Luft auszuführen, die ihr in der Note der verbündeten Mächte vom 29. Januar 1921 angekündigt worden sind, wobei die rückständigen sofort und die übrigen zu den vorgeschriebenen Zeiten auszuführen sind; 4. ohne Vorbehalt oder Verzug die Aburteilung der Kriegsschuldigen durchzuführen und die übrigen unerfüllten im ersten Teil der Note der verbündeten Regierungen vom 5. Mai erwähnten Vertragsbestimmungen auszuführen. Wirth.

Die gleiche Note ist nach Paris, Rom, Brüssel und Tokio gesandt worden.

Paris, 11. Mai. „Petit Parisien“ schreibt, die neue Reichsregierung in Deutschland sei vielleicht gegenwärtig die am wenigsten schlechte Verbindung. „Journal“ sagt, wenn auch das Ultimatum angenommen sei, so müsse Deutschland genau wissen, daß es seine Verpflichtungen auf die Stunde erfüllen müsse. Ein genauer Kalender sei aufgestellt und an jedem Verfalltag werden die Verbündeten zur Stelle sein.

Kämpfe in Oberschlesien.

Berlin, 11. Mai. Nach dem „Berl. Volksanz.“ ist der von den polnischen Banden besetzte Koseler Oberhafen vom deutschen Selbstschutz im Sturm zurückgewonnen worden. Bei den Kämpfen um Kosel wurde festgesetzt, daß die Polen französische Geschütze benutzten und daß zahlreiche Franzosen in voller Uniform auf Seiten der Polen kochten.

Die Polen haben aus Kosel 40 000 Zentner Mehl und große Mengen anderer Lebensmittel, die zur Linderung der Not in den Städten dort aufgespeichert waren, fortgeschleppt.

Wentzen, 11. Mai. Die deutschen politischen Parteien und die Gewerkschaften Oberschlesiens haben in einer Kundgebung gegen die unwahren Behauptungen Briands in seiner Note vom 7. Mai, in der den Deutschen die Schuld am Ausbruch zugeschoben und behauptet wird, die deutschen Berichte seien entstellt, Widerspruch erhoben. Briand scheine zu glauben, daß die berüchtigte, in deutscher Sprache erscheinende „Grenzzeitung“, die das Zeichen zum Aufruhr gab, ein Blatt der Deutschen sei. Das Blatt sei aber das Organ Koriantes.

Die Schuldverschreibungen schon vorbereitet.

Paris, 11. Mai. (Havas.) In Voraussicht auf eine bedingungslose Annahme des Ultimatums hat die Wiederherstellungskommission sofort die Ausgabe der ersten Rate der deutschen Schuldverschreibungen im Betrag von 12 Milliarden Goldmark vorbereitet. Die Papiere werden die Aufschrift tragen: Schuld des Deutschen Reichs. Der kleinste Abschnitt wird über 500 Mark lauten.

Ein Aufruf in Paris?

Paris, 11. Mai. Eine Zuschrift der „Chicago Tribune“ glaubt feststellen zu können, daß in den amtlichen Kreisen nicht mehr so viel Wert auf die sofortige Besetzung des Ruhrgebiets gelegt werde und zwar wegen der hohen Kosten. Frankreich werde mit den mobilisierten 132 000 Mann schließlich doch nicht mehr erreichen, als England mit einem Bataillon Freiwilliger.

Das Dumpinggesetz im Unterhaus.

London, 11. Mai. (Havas.) Bei der Beratung des Gesetzesvorschlags des Handelsamts gegen die ausländische Schlenkerkonkurrenz (Dumpinggesetz) im Unterhaus sagte Asquith, ein Schutzoll sei zu verwerfen. Lloyd George erwiderte, der Gesetzesentwurf sei die natürliche Folge der in Paris gefassten Beschlüsse. Laufende von Erfindungen seien während des Kriegs geopfert worden, weil die Hauptindustrien Englands ohne Schutz gewesen seien. Wenn Deutschland z. B. keine Gemäßen Fabriken gehabt hätte, wäre der Krieg 2 Jahre früher beendet gewesen. Die Erhebung von Zöllen sei das beste Mittel gegen das Dumping. Was die Wiederherstellung der Wertschuld betreffe, sagte Lloyd George nach dem Havas-Bericht, so habe die Regierung den Beweis, daß Deutschland diese Wiederherstellung vorzüglich verhindern

wolle. (!) Diesem Zustand solle das Gesetz ein Ende machen.

Streiknot in England.

London, 11. Mai. Die Blätter teilen mit, daß die Lage infolge des Streiks der Kohlenarbeiter immer gefährlicher werde, weil befürchtet wird, daß sich die Eisenbahner und die Transportarbeiter doch noch dem Streik anschließen könnten. Das Kabinett hat mehrere Sitzungen abgehalten und die Regierung ist entschlossen, den Kohlentransport unter allen Umständen mit Polizei und militärischem Aufgebot aufrecht zu erhalten. Die Aus- und Einfuhr im April ist fast auf die Hälfte des Umfangs im April v. J. zurückgegangen, was zum großen Teil auf den Streik zurückzuführen ist.

Amerika bekämpft Farbe.

Paris, 11. Mai. Der „New York Herald“ veröffentlicht folgende Mitteilung aus Washington: Nachdem die Abstimmung über die Friedensentschließung des Senators Knog auf Wunsch Hardings auf unbestimmte Zeit verschoben ist, hat die Regierung der Vereinigten Staaten wieder freie Hand. Die Regierung kann nun den amerikanischen Truppen gestatten, an der Besetzung des Ruhrgebiets an der Seite der französischen und englischen Streitkräfte teilzunehmen, falls sich dies als notwendig erweisen sollte. Die Regierung hat die Macht, eine solche Teilnahme anzuordnen. Die Ansicht der Regierung ist, daß Deutschland sich dem Ultimatum bedingungslos unterwerfen muß und sie hat den ganzen Plan der Verbündeten, einschließlich der Zwangsmassnahmen, gebilligt. Amerika hofft, daß in Deutschland eine Reichsregierung gebildet wird, die den Forderungen der Verbündeten nachgibt.

Millet rechnet im „Petit Parisien“ aus, welche Vorteile das Londoner Diktat für Frankreich habe, vorausgesetzt, daß die deutsche Aus- und Einfuhr in naher Zeit auf 25 bis 30 Milliarden Goldmark gebracht werden könne.

Der enttäuschte Wrangel.

Konstantinopel, 11. Mai. Die türkische Zeitung „Stambul“ veröffentlicht einen Brief des Generals Wrangel an die französische Regierung, in dem Wrangel den Vorwurf erhebt, Frankreich habe mit der Armee (Wrangels) ein unehrliches Spiel getrieben und sie in eine verzweifelte Lage gebracht, nur um sich in den Besitz der russischen Flotte setzen zu können (die auf Seiten Wrangels war). Frankreich habe den Tod von zehntausenden russischer Soldaten auf dem Gewissen, die auf Frankreichs Veranlassung in den Kampf gegen die Bolschewisten gezogen seien.

Türkischer Protest gegen griechische Grenz.

Konstantinopel, 11. Mai. Die Porte hat die Vertreter des Verbands in einer Note auf die Grenz hingewiesen, die von den Griechen gegen die türkische Bevölkerung in den besetzten Gebieten verübt werden. Die Note verlangt die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses.

Dirter Reichstags-Vizepräsident.

Berlin, 11. Mai. Der Reichstag hat auf Antrag der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Unabhängigen die Schaffung eines vierten Reichstags-Vizepräsidenten beschlossen und dazu den Abg. Nießer (D.Vp.) gewählt. Die Deutschen Nationalen erklärten dies neue Amt für überflüssig. (Der Reichstag besitzt nun also einen Präsidenten und vier Vizepräsidenten.)

Berlin, 11. Mai. Bezüglich der veränderten Lage im Reich steht der preussische Ministerpräsident Stegerwald auf dem Standpunkt, daß die Folgerungen auch für Preußen gezogen werden müssen. Er wolle aber keinen übereilten Schritt tun, sondern die volle Klärung im Reich abwarten. Eine Aenderung in der preussischen Regierung ist erst nach Pfingsten zu erwarten. (Besamtlich haben die Sozialdemokraten bei der Wahl des Ministerpräsidenten gegen Stegerwald gestimmt.)

Der bestohene Sachverständige.

Paris, 11. Mai. Ein Sachverständiger namens Borix (?), der sich bei der Abschätzung von Kriegsschäden betätigt hat, wurde verhaftet.

Der englische Vertreter in der Wiederherstellungs-

Biola.

Roman aus dem Leben von Georg v. Pletten.

28) (Nachdruck verboten.)

Sprachlos schauten sich alle Drei an, Hedwigs Augen entzündeten Tränen.

„Arme, arme Mathilde“, jammerte sie. „Weine nicht, Kind, und bemitleide sie nicht!“ bemerkte der Vater, während die Mutter den Brief mit ernstester und schmerzvollster Miene nachmals las. Auch der Professor nahm ihn ein zweitesmal zur Hand, und dann fragte er plötzlich:

„Frau, hast Du oder Hedwig unserer Mathilde so oft geschrieben?“

„Wir schreiben höchstens alle vierzehn Tage“, erwiderte die Frau Professor.

„Oder höchstens ab und zu einmal öfter“, ergänzte Hedwig.

„Wie kann also Mathildens Korrespondenz schuld daran sein, daß sie ihre Pflichten vergaß?“

„Vielleicht ist es nur ein Vorwand für die Frau Baurat sie zu entlassen, der wirkliche Grund ist vielleicht ein anderer, an dem Mathilde keine Schuld trägt“, warf etwas schüchtern die Mutter ein.

„Soweit ich die Dame aus ihren Briefen kenne, ist dies nicht anzunehmen. Alle ihre Schreiben machen den Eindruck der Offenheit und Wahrheit. Ich hielt sie für einen Charakter“, lautete des Professors bestimmte Antwort.

„Ich glaube dies auch“, bemerkte die Mutter, „indes bleibt es mir ein Rätsel, wie Mathildens Korrespondenz sie so in Anspruch nehmen konnte.“

„Mama, steht nicht auch in dem Briefe, daß Schwester Mathilde so zerstreut sei?“

„Ja, ihr Geist scheint von anderen Dingen abgelenkt, lautet der Ausdruck.“

„Es wird ihr eben der Nummernschanz vom letzten Winter noch im Kopfe stecken“, brummte ärgerlich der Papa.

„Aber, dann tragen wir doch die Hauptschuld, daß wir unsere Tochter so viel in Gesellschaft geführt und sie so vielen Zerstreungen ausgesetzt haben“, meinte Mama.

„Und doch wird ihr der Leutnant im Kopfe stecken, der ihr so die Cour gemacht hat ohne später sich mehr im Hause blicken zu lassen, brauste der Professor auf.“

Hedwig fühlte in ihrem Innersten, daß damit der wunder Punkt getroffen sei. Sie wußte, wie sehr sich Mathilde in den Gedanken, die Liebe des schneidigen, lustigen Offiziers zu besitzen, hineingeträumt und im vertrauten Gespräche mit ihr auch hineingeredet hatte. Sie glaubte auch, daß Mathilde vor ihrem Abschiede nichts so sehr geschmerzt habe, als daß Leutnant von Hinkenstein sich nicht mehr gezeigt habe, um Abschied von ihr zu nehmen, denn Mathilde war in den letzten Tagen so still, so schweigsam gewesen wie nie, sie war so oft allein in ihrem Schlafzimmer und dann dachte sie an ihren Abgang in früher Morgenstunden, den sie nur mit Mathildens Herzensangelegenheit in Verbindung bringen konnte. Dennoch sagte Hedwig davon kein Wort, dafür suchte sie die sehr weinende Mutter und den sorgenerfüllten Vater zu trösten mit dem Hinweis darauf, daß trotz allem Frau Berger Mathilde schätzen und lieben gelernt habe, wie es im Briefe ausdrücklich heiße.

„Papa“, wehrte der Professor kurz ab.

„Nein, Papa, am Schlusse sagte Frau Baurat ja auch, daß bei den Talenten und der Liebenswürdigkeit und Schönheit Mathildens ihr eine glückliche Zukunft nicht fehlen könne.“

„Zudem, um die bittere Pille der Entlassung zu versüßen“, meinte Papa abermals.

„Kreuzt Du Dich denn nicht mit mir, Papa, Mathilde bald wieder bei uns zu sehen?“

„Unter diesen Umständen nicht“, antwortete der Professor barsch.

„Doch ist es das Beste, das Kind wieder um uns zu haben, da sie nun einmal keine Lust mehr am Studium zu haben scheint“, wandte die Mutter ein.

„Wozu haben wir denn das viele Geld für ihre Ausbildung ausgegeben? Wenn sie die Lust am Studium verloren hat, so lernte sie dieselbe wieder bekommen, wenn man zwei Mädchen zu unterrichten und sonst nichts auf dem Lande zu tun hat. Doch diese Korrespondenz kommt mir nicht aus dem Sinn. Den Briefwechsel mit uns kann die Frau Baurat unmaßlich mit dieser Andeutung gemeint haben. Sollte Mathilde heimliche Korrespondenzen führen?“ Er sprach diesen letzten Satz nur mehr für sich und dann löste er im stillen den Entschluß der Sache nach Mathildens Rückkehr auf den Grund zu gehen.

„Die Sache ist mir überaus unangenehm“, fuhr der Professor fort: „Wie werden wir den Bekannten es erklären, daß Mathilde nach einigen Monaten schon wieder zu uns zurückgekehrt ist?“

„Es ist am Ende auch die Wahrheit und das einzige Auskunftsmittel.“ Mit diesen Worten stand der Herr Professor auf, nahm Hut und Mantel und ging fort, um, wie er sagte, draußen seinen Unmut zu dämpfen.

„Nette Weihnachtsen das!“ brummte er im Begehen.

„Mutter“, schluchzte nun Hedwig und warf sich in ihre Arme, „ich fürchte, Mathilde ist sehr unglücklich.“

„Unglücklich wie meinst Du das, Kind!“

„Schweherchen, glaubte ich nicht, daß sich Leutnant von Hinkenstein erklären würde, und nun mußte sie abreißen, ohne daß er auch nur gekommen wäre, ihr Lebewohl zu sagen, wie die anderen Herren, z. B. Dr. Ewen.“ Sie errödete blüchig beim Aussprechen dieses Namens, der sonst nie ihren Lippen entflohen, den sie als ein süßes Geheimnis nur im liebenden Herzen für sich trug.

(Fortsetzung folgt.)

Kommission, Stadourh, hat um seine Enthebung nachgedacht, da er mit den Methoden der Kommission nicht einverstanden ist.

Der brit. Botischer erhob lebhaften Widerspruch dagegen, daß gewisse vertrauliche Besprechungen auf der Londoner Konferenz über Oberkasseln in Paris in die Öffentlichkeit gegeben worden seien.

Graz, 11. Mai. Wie das „Grazer Volksblatt“ meldet, wurden die verhafteten Kommunisten, die den Ueberfall auf den Landbesitzerhauptmann Klösch, die den Ueberfall auf den Transport von eisenbahnfähigen Arbeitermenge aus den Händen der Gendarmerie befreit.

London, 11. Mai. Das Unterhaus hat das Dumpinggesetz mit 259 gegen 64 Stimmen abgelehnt.

London, 11. Mai. Die Verbündeten haben laut „Times“ mit Korfanth vereinbart, daß die Kämpfe eingestellt werden sollen. Abgrenzungslinie solle die sog. Korfanthlinie sein. (1)

Auf der Messe in Paris sind vier Ausstellungshallen durch Feuer zerstört worden, zwei weitere mußten eingestürzt werden, um der Feuersbrunst Einhalt zu tun.

Das Getreidumlageverfahren 1921.

Der Vorgesentwurf des Reichsernährungsamts über die Regelung des Verkehrs mit Getreide ist jetzt dem Reichstag zugegangen. Wie entnehmen daraus unter anderem: Für den Bedarf der versorgungsberechtigten Bevölkerung sind im Wirtschaftsjahr 1921/22 aus dem Inland 300 000 Tonnen Getreide auf dem Weg der Umlage aufzubringen. Die Erzeuger sind verpflichtet, den obersten Landesbehörden und den von ihnen bestimmten Stellen auf Erfordern Auskunft über alle Umstände zu erteilen, die für die Beurteilung ihrer Lieferungsfähigkeit von Bedeutung sind. Die obersten Landesbehörden haben das für jeden Kommunalverband festgesetzte Umlagegeld der Reichsgetreidestelle bis zum 1. Juli 1921 mitzuteilen. Die Kommunalverbände haben die ihrem Umlagegeld entsprechende Getreidemenge an die Reichsgetreidestelle zu liefern, die zur Abnahme der angebotenen Mengen binnen zwei Wochen verpflichtet ist. Die Umlage kann durch Wiederung von Brotgetreide, Gerste oder Hafer erfüllt werden. Die Schlußvorschriften enthalten ein Verbot der Verarbeitung von Brotgetreide und Mehl zu Branntwein, ferner die Bestimmung, daß Vorräte aus früheren Ernten an Brotgetreide und Hafer, soweit sie sich am 1. Juli 1921 im Gewahrsam des Besitzers befinden, angezeigt sind. Ferner wird bestimmt, daß Beträge über Lieferung von Brotgetreide, Gerste und Hafer aus der Ernte 1921 vor dem 16. Juli nicht abgeschlossen werden dürfen. In der Begründung wird betont, daß die Freigabe der Getreidewirtschaft zurzeit noch nicht möglich ist.

Polizei und Wehrmacht.

Ueber die Befugnisse der Polizei gegen Angehörige der Wehrmacht sind Richtlinien zwischen dem Reichswehrminister sowie den Reichsministern des Innern und der Justiz vereinbart worden. Die Angehörigen der Wehrmacht sind als Vertreter der Staatsgewalt in besonderem Maß verpflichtet, außerhalb des Dienstes alle allgemeinen und örtlichen polizeilichen Verordnungen genau zu befolgen und den Anordnungen der Polizei Folge zu leisten. Einzelne Soldaten außerhalb des Dienstes haben die Pflicht, den Polizeibeamten in dringenden Fällen Hilfe zu leisten. Im Dienst gilt dies, soweit dieser es gestattet. Das Recht zur Festnahme steht der Polizei gegen Angehörige der Wehrmacht im allgemeinen ebenso wie bei wehrmachtlichen Personen. Die Polizei soll bei Wehrmachtangehörigen im Dienst nur aus besonders dringenden Gründen, z. B. bei einem Verbrechen auf frischer Tat, die Festnahme selbst durchführen. Sonst soll diese, wenn irgend möglich, durch Angehörige der Wehrmacht geschehen. Die Grundzüge gelten auch für Beschlagnahmen und Durchsuchungen. Zur Vornahme von polizeilichen Ermittlungen darf der Polizeibeamten der Zutritt zu den militärischen Dienstgebäuden nicht verweigert werden.

Württemberg.

Stuttgart, 11. Mai. (Die württ. Regierung und das Ultimatum.) Die Mitglieder der württ. Regierung sind, wie die „Frankf. Ztg.“ erfährt, für die Annahme des Ultimatum eingetreten. Vier Minister weilten in den letzten Tagen in Berlin: Dr. Pieber und Wolf im Reichstag, Liesching im Reichsrat und Graf bei den Verhandlungen über den Redaktionsrat.

Stuttgart, 11. Mai. (Bäckereikontrollen.) In den letzten Tagen fand in den hiesigen Bäckereien und Konditoreien durch die polizeiliche Nahrungsmittelkontrolle eine durchgreifende Kontrolle statt. Gegen 33 Betriebe mußte wegen Mindergewichts des Brots, Herstellung unerlaubter Backwaren usw. eingeschritten werden. Besonders mehren sich in letzter Zeit wieder die Fälle, daß sog. Laugenbrot hergestellert und — namentlich in Wirtschaften — verkauft werden. Bei festgestellten Verstößen ist gerichtliche Strafe eingeleitet.

Mannheim, 11. Mai. Nach der „Neuen Bad. Landesztg.“ werden in Waldhof 150 Eisenbahnwaggons aus dem badischen Land zusammengezogen, um nach Mainz geleitet und von dort aus für die Verteidigung der französischen Truppen nach dem Ruhrgebiet verwendet zu werden.

Mutmaßliches Wetter.

Aus Westen kommt ein neuer Lustwirbel, der zunächst gütig wirkt. Am Freitag und Samstag warmes, meist trockenes, aber gewittriges Wetter zu erwarten.

Brackenheim, 11. Mai. (Erwischt.) Ein angeblicher Kriegsinvalide namens Konzmann aus Sulzfeld in Baden stahl im oberen Jagersau in verschiedenen Ortschaften Wäsche im Wert von etwa 4000 Mark. In Leinbrunn ließ er gleich ein ganzes geschlachtetes Schwein mitlaufen, neben vielen Eiern und Koffsubstanzen. Er wurde verhaftet.

Gmünd, 11. Mai. (Rind- und Rohnmarkt.) Der Rindmarkt wurde seit fünfviertel Jahren wieder zum erstenmal abgehalten. Fettvieh war sehr begehrt, während Einstellvieh weniger verlangt wurde. Es hatte den Anschein, wie wenn die Preise etwas zurückgingen. Zugelassen waren: 6 Färren, 10 Ochsen und Stiere, 149 Kühe, Kalbku und Rinder, 9 Kälber, 54 Milchschweine in 8 Wagen. Verkauft wurden: 4 Färren, 7 Ochsen und Stiere, 99 Kühe, Kalbku und Rinder, 7 Kälber, 46 Milchschweine. Der Rohnmarkt wies eine gute Zufuhr von Pferden aller Gattungen auf. Der Handel verlief flau.

Mattensburg, 11. Mai. (Spende.) Bischof von Keppeler ließ der Stadtpflege 10000 Mk. überweisen mit der Bestimmung, die Summe je hälftig dem Siedlungsverein und den von der Viehsuche am schwersten Geimpfungen zuzuwenden.

Laubheim, 11. Mai. (Teure Gänselein.) Auf dem Gänselein-Markt gingen die Preise wieder in die Höhe. Bei starker Zufuhr wurden 22 bis 25 Mk. für das Stück bezahlt.

Göppingen, 11. Mai. (Deutsche Postgewerkschaft.) Der württ. Postverband hat auf seiner am 8. und 9. Mai hier abgehaltenen Generalversammlung einstimmig den Beitritt gefordert, sich mit dem Bayerischen Postverband bzw. mit der Deutschen Postgewerkschaft zu verschmelzen und eine gewerkschaftliche Einheitsorganisation zu schaffen.

Ulm, 11. Mai. (Hinrichtung.) Gestern früh 5 Uhr wurden auf dem Hof des Amtsgerichtsgefängnisses in Ulm die beiden Russen Paul Sitichewitsch und Nikita Wirjulow hingerichtet. Nur eine beschränkte Zahl von Zuschauern war zugelassen. Die beiden Russen waren in Munderkingen und Jigendorf in Dienst und haben am 12. September 1920 auf ganz bestialische Weise einen Kameraden ermordet. Der dritte Angeklagte war der Russe Michael Golowatschikow, der zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Bei der Hinrichtung war ein russischer Pöpel anwesend.

Ulm, 11. Mai. (Eisenbahnunfall.) Als gestern Abend 5 Uhr ein langer Güterzug die Steigung auf die Abpässe, entgleisten mehrere mit Holz beladene Güterzüge und stürzten die Böschung herunter auf die Heidenheimer Linie, die längere Zeit gesperrt war. Der Materialschaden ist bedeutend. Menschen kamen nicht zu Schaden. Die Schiebemaschine soll zu stark geöhoben haben, so daß sich die Wagen aus dem Gleis hoben.

Das Landesfinanzamt Stuttgart will die auf dem ehemaligen Flugplatz Dornstadt bei Ulm vorhandenen Teile der Flugwerft verkaufen, nachdem die Verwendung der Gebäulichkeiten für eine Landesmilkzentrale nicht mehr in Betracht kommt.

Vermischtes.

ep. Die Familie Luther, Luthers Vorfahren waren bekanntlich Bauern in dem thüringischen Dorf Mähra. Sein Großvater, Heine Luther, hatte drei Söhne, von denen zwei nach Eisleben ausgewandert. Von dem in Mähra geborenen Oheim Luthers lebten heute Nachkommen in der 8. Generation: der Badearzt Dr. Ernst Luther in Bad Schmiedberg, Kreis Wittenberg, und der Geheime Sanitätsrat Dr. Luther in Luckenwalde; von dem Oheim Martin Luthers, der sich wie sein Vater in Eisleben angesiedelt hatte, stammt der Kaufmann Luther in Schönebeck bei Magdeburg. Des Reformators Nachkommen sind 1759 im Mannstamm ausgestorben; dagegen leben noch Nachkommen seiner Tochter Margarete, die mit Georg von Kurstin verheiratet war.

Die Nationalasylage. Der Verl. Lokalausg. „berichtet aus Bremen: In der Tagung der Reichsarbeitgemeinschaft der Seefahrt wurde sowohl von den Arbeitgebern als auch von den Arbeitnehmern eine Entschleunigung angenommen, das anverwandelt an den Seefahrtsausgang die Forderung gerichtet werden müsse, bei der Reichsregierung vorbestellend zu werden, um nötigenfalls durch Volksentscheid die Verhinderung der Schwarz-weiß-roten Flagge zu erwirken.

Ein Denkmal für Kommunisten. Die Stadtverordnetenversammlung in Halle a. S. hat beschlossen, den beim letzten Aufbruch gefallenen Kommunisten ein Denkmal zu setzen.

Wärmelade als Viehfutter. Ein Firmka in Cottbus hat mit Vorkarte einem Landwirt „Wärmelade, garniert mit 50 bis 60 Prozent Kristallzucker eingelegt“, den Zentner zu 80 Mark an. Die Ware sei allerdings in gebrochener Zustände, aber eigne sich ganz vorzüglich als Viehfutter. — So wird mit dem Zucker gewirtschaftet.

Aus Eifer sucht verurteilt ein Techniker im Theaterkaffee in Magdeburg eine Längerin durch eine Handgrabe zu töten. Der Täter und das Mädchen wurden verhaftet, außerdem erlitten vier andere Personen schwere Verwundungen.

Einen spanischen Handel mit falschen 50 Mark-Scheinen betrieben der polnische Handelsmann Rubin Wechsler und der bulgarische Zuckerhändler Dimitri Kitan. Kitan, Wechsler und zwei andere Helfershelfer waren viermal in Berlin und hielten von dort für 80 000 Mk. falsche 50 Mark-Scheine, für die sie die Hälfte des Nennwerts des Falschgelds zahlten. Das falsche Geld wurde zum Teil in Sachsen verausgabt, zum Teil über die böhmisches Grenze verschoben. Kitan wurde jetzt in Chemnitz zu 3 Jahren Zuchthaus, Wechsler zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt.

14 000 Kronen Steuern auf den Kopf. Der Gesetzesvorschlag der österreichischen Regierung für die Gesundmachung der Staatsfinanzen des Bundesstaats errechnet Staatsbedürfnisse von 101 Milliarden Kronen, wozu 80 Milliarden angedeutet sind. Von den 101 Milliarden sollen weniger als 84 durch direkte und indirekte Steuern und Gebühren aufgebracht werden, was eine steuerliche Belastung von jährlich 14 000 Kronen auf den Kopf ergibt, während der Rest durch Anleihen gedeckt werden soll. Für die erwartete Hilfsanleihe unter dem Schutz des Völkerbunds in Höhe von 500 Millionen Schweizer Franken würden die Einnahmen aus dem Staatsmonopol, Zöllen, Realsteuern und ein Vorkursausdruck auf den gesamten Realsteuern Österreichs in Höhe von 4 Prozent des Vorkurswerts dienen.

Sebastian Brants „Narrenschiff“. Am 10. Mai vor 400 Jahren starb der Strohhändler Stadtschreiber Sebastian Brant, Doktor beider Rechte, Kaiserlicher Rat und wohlangehender Bürgersmann. Als er noch jung war, hatte ihn die Baseler Hochschule zu ihren freieständigen Sängern gezählt. Ein Vierteljahrhundert lang hat ihn Basel festgehalten. Dam ging's nach Stralsund, der Vaterstadt, wo ihm zunächst der Posten eines Syndikus anvertraut wurde. Von alledem würde heute kaum noch berichtet werden, wenn dieser Sebastian Brant nicht eine großartige Satire herausgebracht hätte, ein Stückchen Welt-

literatur, das noch in unseren Tagen nützlich zu lesen ist, das „Narrenschiff“. Anno 1494 lief es vom Stapel. Aus vielen hundert Reimpaaren war es geformt. Der kluge, ironisch aufschauende Dichter kannte seine Zeit. Was brodelte, quirlte, jauchte und weinte nicht alles durcheinander — im ausgehenden deutschen Mittelalter. Es gähnte und rüttelte im kirchlichen, wirtschaftlichen, sozialen, politischen. Brant setzte die Schellenkappe auf und lässt seinen Zeitgenossen den Narrenspiegel vor. Was könnte nicht alles auf ein großes Schiff geladen und am besten nach Narragonien befördert werden! Die vielen, vielen Narren! Sie haben keinen Sinn für das deutsche Ganze! „Dann ist es nicht Wunder groß, daß bald das Reich steht blut und bloß.“ Wenn es doch gerade die Deutschen bedauern wollten: „Ein jedes Ding armet'ner scheint, sofern es stetig bleibt vereint!“ Grimmig tönt die patriotische Klage: „Jetzt müssen wir mit Schrecken hören, daß Deutsche selbst ihr Reich zerstören!“ Hier erst lugt aus den häßlichen Verfen, die nur durch den wuchtigen Inhalt wirken wollen, und fast väterlich kommt die Mahnung: „Tut, was euch ziemt nach eurem Grad, damit nicht größer werd' der Schand', daß wir nicht Sonn' und Mond mehr sehen und Haupt und Glieder untergehn! ... Wirklich, so manches von diesem Narrenschiff paßt auf unsere Lage. Das Gedicht erregte großes Aufsehen. Seine Volkstümlichkeit wurde durch den reichen Bilderreichtum, den Brant besonders auch wegen der des Lesens Unkundigen wünschte, wesentlich gesteigert.

Lokales.

ep. Kirchenopfer am Pfingstfest. Das Kirchenopfer am Pfingstfest 1920 zur Unterstützung evangelischer Gemeinden im In- und Ausland hat 73 069 Mark ergeben. Auch in diesem Jahr ist das Opfer am Pfingstfest in allen evang. Kirchen des Landes zu diesem Zweck bestimmt, vor allem für die in große Not geratenen evang. deutschen Gemeinden in den jetzt von Deutschland getrennten östlichen Provinzen.

— Gegen das Zigarettenrauchen der Jugend. Die Schüler des Albert-Gymnasiums in Leipzig haben sich unter schriftlich verpflichtet, auf das Zigarettenrauchen zu verzichten. Sie fordern alle Schüler und Schülerinnen Deutschlands auf, ein gleiches zu tun, sowohl mit Rücksicht auf die Gesundheit, als auch weil dadurch viele Millionen Mark nicht an das Ausland durchschleudert zu werden brauchen.

— Verkehrsbeschränkung. Wegen der Einschränkung des Verkehrs in Desterreich (Einstellung Kohlenmangels verkehren die Expreßzüge D 62 (Stuttgart an 9.50 abends) und 63 (Stuttgart ab 8.10 vorm.) von Donnerstag, 12. Mai, an bis auf weiteres nur noch zwischen Paris und München.



Arbeiten im Garten. Pflanzen von Kohl und Kohlrabi und sonstiger im Mistbeet oder in Töpfen vorgezogener Pflanzen. Aussaat von Gurken, Bohnen, Kürbis, Salat. Neue Aussaat von Kohlrabi, Spinat, Erbsen, Kopfsalat. Hacken und jäten. Erbsenreißig feden. Schädlinge bekämpfen. Spargelernte.

Arbeiten im Feld. Bestellungenarbeiten schnelligst beendigen; Mengtorn noch zu Grünfütter säen. Zuckerrüben und Kartoffeln müssen bis Mitte des Monats in der Erde sein. Auf früheren Rübenfeldern Fehlstellen ausbessern. In den Sommerzuckerrüben Gederichvertilgung vornehmen: 15prozentige Eisenvitriollösung (auf 1 Hekt. 60—75 kg., 400—500 Liter) bei trockenem Wetter Rainit und Kalchidstoff auf betauete Pflanzen streuen, aber nicht, wenn Regen droht. Beseitigung der Ackerdistel und des Quastlatts. Rüben hacken.

Arbeiten in Wiese und Weide. Bekämpfung von Wiesenkerbel, Kälbertröpf und der jetzt Samen tragenden giftigen Herbstzeitlose.

Das Beschneiden der Rosen. Die beste Zeit dafür ist der jeweilige Frühling. Im Herbst kürzt man die sehr langen Triebe etwas ein. Eine feste Schmittregel kann nicht gegeben werden. Im allgemeinen müssen Sorten mit langem Trieb belassen, kurztriebige mit schwachem Holz stark zurückgenommen werden. Bei Holzstämmen werden nur 5—6 starke Triebe belassen und diese auf 5 Augen gekürzt. Rosen, welche, wie die Marschall-Niel-Rose, sehr lange Triebe bilden, vielleicht gar Kletterern, sollen nur ganz wenig eingekürzt werden. Während des Sommers schneidet man die Triebe, sobald sie abgeblüht haben, auf das erste gut entwickelte Auge zurück. Harte Zweige, die nicht gebüht haben, bindet man im Bogen hinunter. So erhält man einen ununterbrochenen Sommerflor. Schneidet man aber erst zurück, wenn die Blütenzweige schon Samen angelegt haben, erzielt man höchst selten einen neuen Flor. Bei niedrigen Rosen wird wie bei Hochstämmen verfahren, nur der zunächst der Mitte stehende Trieb soll etwas länger belassen werden.



Arbeiten im Hof. Zustandhaltungsarbeiten für die Schläfer, Innenanputzen, alle Ställe weihen. Türschlösser und -angeln öfen, alte Eisenwerk freiräumen. Schadhafte Scheunentinnen schnelligst ausbessern, da sie sonst bis zur Ernte nicht fest werden. Fleißiges Wenden auf dem Getreidepeicher.

Arbeiten in der Viehwirtschaft. Weidewich austreiben, Kälber erst später. Beginn der Grünfütterung; anfangs in kleineren Mengen mit Strohbeigabe. Tummelplätze für Fohlen. Schweineanlauf. Lege- und Brutnester mit Insektenpulver bestreuen. Madenbrutkästen aufstellen.

Angebraunte Speisereise in emaillierten Gefäßren soll man nicht mit einem Messer oder einem

Bössel zu entfernen suchen, weil dadurch der Emaillebelag gar leicht beschädigt wird. Die eingebrannte Schicht entfernt man leicht und ohne Beschädigung des Topfes, wenn man diesen aufs Feuer setzt, mit etwas Wasser, in dem man 1 Pfund Chloralkali gelöst hat. Nach einer Kochdauer von einer Viertelstunde läßt sich die Borke leicht lösen.

Fische kann man mehrere Tage frisch erhalten, wenn man sie öffnet, reinigt und, ohne zu spülen, inwendig mit etwas Stenzucker einreibt. Ab und zu wendet man dann die Fische, damit der Zucker gut auf beiden Seiten eindringen kann.

Bewässerung der Gemüsesetzlinge.

Jeder Gärtner weiß, daß ohne genügende Bewässerung im Gemüsebau keine Resultate zu erzielen sind. Mag der Boden auch noch so vorzüglich sein, verliert das Gemüse doch trotz bester Düngung an Festheit, wenn bei starker Trockenheit nicht hinreichend bewässert wird. Darum darf in einer wirklich ökonomisch betriebenen Gärtnerei die Gießkanne sozusagen niemals aus der Hand gelassen werden. Schon bei Beginn des Einsetzens der jungen Pflänzlinge muß mit dem Begießen begonnen werden. Bei jeder Verpflanzung tritt eine Wachstumsstörung ein. Jeder Gärtner hat nun sein Hauptbestreben darauf zu richten, daß diese Störung so rasch wie möglich überwunden wird. Das kann aber nur durch reichliche Feuchtigkeit geschehen, damit die zarten Wurzeln ihre Tätigkeit möglichst umgehend wieder aufnehmen können. In

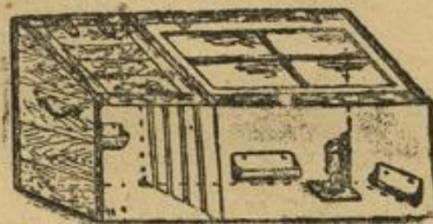


trocknem Erdreich würden diese überaus zarten Organe gar bald einschrumpfen und austrocknen, wodurch sie

nicht mehr imstande wären, dem Pflänzchen Nahrung zuzuführen, was zur Folge haben würde, daß dieses eingeht. Darum sind alle Setzlinge sofort nach dem Pflanzen tüchtig zu wässern. Jede einzelne Pflanze wird einzeln angegossen. Damit die Feuchtigkeit nicht so schnell wieder verdunstet, bedeckt man den Boden um die einzelnen Pflanzen mit vorrottem Dünger oder in Ermangelung dessen mit trockener Erde. Gleichzeitig wird dadurch auch die Bildung einer harten Kruste vermieden. Für die spätere Bewässerung der Setzlinge macht man vorteilhaft zwischen den Pflanzenreihen entsprechend breite und tiefe Rillen, die dann je nach Bedarf mit Wasser bzw. Düngwasser gefüllt werden. (Siehe Abb.) Man beachte stets, daß wirklich durchdringend gegossen wird; ein oberflächliches Ueberbrausen hat wenig Zweck, verhärtet dazu nur den Boden, was für die Pflanzen nur von Nachteil ist.

Ein Käfen-Aufzuchtshäuschen.

Die Brutzeit ist wieder da. Wegen der außergewöhnlich milden Witterung des diesjährigen Winters denkt mancher vielleicht früher an das Setzen einer Glucke, als er es sonst für geraten hält. Andauernd mildes Wetter aber können wir doch mit einiger Sicherheit nicht vor Ende April, Anfang Mai erwarten. Darum hat der Züchter von Frühbruten darauf Bedacht zu nehmen, bei eintretender rauher Witterung geeignete Unterkunftsräume für die zarten Tierchen bereit zu halten. Der gefährlichen, unbeständigen Witterung im zeitigen Frühjahr würde sonst manches der empfindlichen Tierchen zum Opfer fallen, zumal die führenden Glucken nicht immer zu den sorgsamsten gehören und umherstreifen wollen, wenn ihre kleinen Pflügel unter ihren wärmenden Flügeln suchen möchten. Darum ist für zeitige Bruten ein sogenanntes Aufzuchtshäuschen unentbehrlich, das einerseits den Käfen auch bei unfreundlicher Witterung sicher Schutz gewährt, andererseits die Glucke am Umherstreifen hindert. Wie ein solches Häuschen leicht von jedermann herzurichten ist, zeigt unsere nebenstehende Abbildung.



Eine oder zwei größere Kästen lassen sich dazu gut verwenden. Die Abmaße sind zweckmäßig folgende: 1 1/2

m Länge, 1/2 m Breite, 1/2 m vordere und 1/4 m hintere Höhe. Falls die Bretter nicht gespundet sind, sind die Fugen mit Leisten zu belegen, um Zugluft zu verhindern. Die Vorderseite ist in der Abbildung fortgelassen, um den Blick ins Innere zu gestatten. Das Dach besteht aus zwei Teilen, von denen der größere als Fenster gedacht ist. Beide Teile können, jeder für sich, hochgeklappt werden. Das Innere enthält zwei Räume, von denen das größere 1 m und das kleinere 1/2 m lang ist. Die Trennungswand besteht aus Leisten von 7-8 cm Abstand, so daß jede Kiste leicht aus dem kleineren Raum, in den die Glucke gesperrt ist, in den größeren Auslauf gelangen können. In beiden Räumen sind sowohl Futter-, als auch Tringefäße anzubringen, für die Käfen nahe am Boden, für die Glucke etwas höher gehängt. Die Einstreu besteht im Gluckerraum aus einer weichen Strohhunterlage, im Käfenraum aus trockenem Sand. In einem solchen Häuschen sind die Käfen jederzeit vor Regen und kalten Winden geschützt, jeder Sonnenstrahl aber wird durch das große Fenster aufgefangen, auch können die Tierchen sich je nach Bedarf unter die wärmende Glucke zurückziehen. Des Nachts und bei ungünstiger Witterung ist das Häuschen unter Dach zu bringen.

Aus Schillers Leben.

(Zum 9. Mai.)

Wenn abends auf dem Schreibtisch ruhte
des Dichtersfürsten Federkiel,
dann griff er oft bei frohem Mute
auch zur Musik, zum Flötenspiel.

Und wie er eines Abends wieder
am offenen Fenster, zart und süß,
der eindrucksvollsten Frühlinglieder
melodische Schalmeyen blies.

Da unterbrach des Nachbarn scharfe,
boshafte Stimme das Getön:
„Herr Schiller! 's klingt wie Davids Harfe,
doch leider lange nicht so schön!“

Doch schnell entschlossen, ohne Rache,
der Wind die Antwort übertrug:
„Und Sie, Sie reden eine Sprache
wie Salomo, nur nicht so klug!“

Feuerbach.

Karl Weiland.

Brotarten-Abgabe.

Die Brotarten-Abgabe findet morgen Freitag vorm. von 8-12 Uhr statt.

Auf die Aushilfsmarke 1 der Brotarte werden 800 gr. Rogmehl zum Preise von 5.80 Mk. abgegeben. Die Abgabezeit wird noch bekannt gegeben.

Die Buttermarken sind bis Freitag abend bei den Kaufleuten und Händlern abzuliefern.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Freibank.

Morgen früh von 8 Uhr an ist junges fettes
Kuhfleisch

das Pfund 7 Mark zu haben.

Schützen-Verein Wildbad.

Es liegen Einladungen vor zu verschiedenen
Preisschießen.

Interessenten erfahren näheres bei Schützenmeister Großmann.

Oskar Rieger Frida Rieger

geb. Funk

grüßen als Vermählte

Wildbad 12. Mai 1921.
St. Blasien

Am Pfingst-Samstag

bleiben unsere Schalter und Büros

geschlossen.

Direktion der Diskonto-Gesellschaft
Zweigstelle Wildbad.



Empfehle in gedlegenen Sortimenten
**Strümpfe, Socken, Söckchen,
Sweater und Sweater-Anzüge,
Trikotagen-Wäsche,
Baby-Artikel, Handarbeiten,
Strick-, Häckel- und Stick-Garne**
in großer Wahl bei

Rudolf Wieser, Pforzheim

Inh.: OTTO VIESER

Telephon 1243

Westl. Karl-Friedrichstr. 16

Neu eingetroffen: Damen-Blusen und Sommer- Kleider

Dirndel-Kleider in allen Größen zu
billigen Preisen

Geschw. Horkheimer.

Turn-Verein Wildbad.

Samstag abend 8 Uhr

Monats- Versammlung

in „Kühlen Brunnen“.
Der Vorstand.

Zur Aufklärung.

Auf die Warnung des Herrn
Lind erwidere ich, daß ich seine
Wasserküche mit einem Baum-
meister in Gegenwart einiger
Person betreten habe, um die
Ursache der Feuchtigkeit und
Fäulnis an einer oberhalb
der Wasserküche befindlichen
Wohnzimmerwand festzustellen.

Schuhmachermstr. Kammerer.

Für sofort:

Tüchtiges
Küchenmädchen
für Conditorei u. Café
gesucht.
Café Sonne.

Obacht! Obacht! Gelddarlehen!

erhalten solvente Leute gegen
bequeme Ratenrückzahlung, so-
wie Hypotheken auf 1. und
2. Stelle. Bau- und Betriebs-
kapital schnell und reell durch
Martin Sandner, Pasing
bei München
Aubingerstr. 23/1.

Jeder Zuschrist sind 75 Pfg.
in Marken beizulegen.

Frische Land-Eier

zum Einkochen

Stück 1.50

bei 100 St. 1.45

Ferner

Cabliou

Mark 2.50

empfehlen
Pfannkuch & Cie.

Gurgen, Spargel, Salat, Rettig, Wirsing,

schöne Tabakpflanzen
empfehlen

Gärtner Wolf.

Neue Waldsäge

Silberstahl, zu verkaufen.
Auskunft erteilt die Tag-
blattgeschäftsstelle.

Für die Feiertage
aus eigener Rösterei
Frisch gebrannten

Kaffee

(gute Mischung)

Pfund 20.-
Mark

Unsere beliebte
**Bourbon-
Mischung**

Pfund 24.-
Mark

empfehlen

Pfannkuch & Cie.

Telephon 118.

Malergefelle gesucht.

Städt. Arbeitsamt.

Junger Kaufmann

sucht Stellung als

Verkäufer,

(event. Bürostelle).

Off. an die Tagblatt-Ge-
schäftsstelle unter C. M. 107.

Starke

Tomaten- u.

Gurken- Pflanzen,

mit Topfballen,

sowie frischen

Kopf-Salat

empfehlen

Gärtnerei Lembert,

Villa Sommerberg.

